



Parteilosigkeit & Wahlempfehlungen

Fridays for Future Altkreis Halle ist eine ausdrücklich parteilose Bewegung, die eine Vereinnahmung ihrer Aktionen als Parteiveranstaltungen stets abgelehnt hat.

Wir geben keine direkte Wahlempfehlung, fordern jedoch alle Wahlberechtigten dazu auf, mit Hilfe unserer Wahlprüfsteine zu prüfen, welche Priorität Klimaschutz hat und welche Forderungen diesbezüglich bestehen. Denn die Klimakrise wartet nicht! #AltkreisHalleWähltKlima

Legende

-  Ja – stimmt zu
-  Nein – stimmt nicht zu
-  Neutral – weiß ich nicht
-  Keine Antwort

Hinweis: Fridays for Future Altkreis Halle steht nicht hinter den Antworten und den Inhalten der Kommentare der Parteien und Wählergemeinschaften. Zudem übernehmen wir auch keine Haftung für diese. Diese liegt bei den jeweiligen Verfassern. Wir haben uns vorbehalten, Kommentare für die bessere Lesbarkeit zu kürzen. Alle Angaben sind ohne Gewähr! Keine Haftung für Fehler oder Ähnliches!

Aufgrund der besseren Lesbarkeit, verwenden wir die folgenden Bezeichnungen

CDU	CDU Stadtverband Werther
FDP	FDP Werther
Grüne	BÜNDNIS90/ DIE GRÜNEN Ortsverband Werther
SPD	SPD Werther
UWG	Unabhängige Wählergemeinschaft Werther
WDGA	Werther - Das geht anders!



GRAFISCHE ÜBERSICHT:

Wahlprüfsteine - Werther (Westf.) - Fridays for Future Altkreis Halle

	Allgemeines		Verwaltung			Energie				Mobilität			Natur				Abfallvermeidung & Ressourceneinsparung					Wirtschaft				Landwirtschaft				Baugewerbe			
	1	2	1	2	3	1	2	3	4	1	2	3	1	2	3	4	1	2	3	4	5	1	2	3	4	1	2	3	4	1	2	3	4
CDU	?	✓	✗	✓	?	?	✓	✗	✓	✓	✓	✗	✗	✓	✓	✓	✓	✓	?	✓	✗	✓	✗	✗	✓	✗	?	✗	✓	✗	✗	✗	✓
FDP	✗	✓	✓	✓	✗	✓	?	✗	✓	?	?	?	?	?	✓	✓	?	✗	✓	?	✗	✓	✗	✗	?	?	✗	✗	✓	✗	✓	?	?
Grüne	✓	✓	✓	✓	✓	✓	✓	?	✓	✓	✓	✓	✓	✓	✓	✓	✓	✓	✓	✓	✓	✓	✓	✓	✓	✓	✓	✓	✓	✓	✓	✓	✓
SPD	✓	✓	✗	✓	?	✓	✓	?	?	✓	✓	?	?	✓	✓	✓	✓	✓	?	✓	?	?	✗	?	✓	?	✓	?	?	✓	✓	✓	✓
UWG	✓	?	✗	✓	?	✓	✓	?	?	✓	?	✓	✗	✓	?	?	✓	?	✗	✓	✗	?	✓	?	✓	?	✓	✗	✓	?	?	?	?
WDGA	✓	✓	✓	✓	✓	✓	✓	✓	✓	✓	✓	✗	✓	✓	✓	✓	✓	?	✓	✓	✓	✓	✓	✓	✓	✓	✓	✓	✓	✗	✗	✓	✗



ja - stimmt zu



nein - stimmt nicht zu



weiß nicht - neutral



keine Antwort

© Fridays for Future Altkreis Halle
 Alle Angaben ohne Gewähr! Keine Haftung für Fehler o.Ä.!
www.fridaysforfuture.de/altkreishalle



#AltkreisHalleWähltKlima



AUSFÜHRLICHE ANTWORTEN:

Allgemeines:

1. Sie unterstützen die Festlegung verbindlicher Ziele, die gewährleisten, dass die Kommune die CO2-Emissionen bis spätestens zum Jahr 2035 auf Nettonull senkt und befürworten auch Sanktionen und Korrekturen bei Nichteinhaltung?		
CDU		Wenn damit die gesamte Kommune gemeint ist, bedingt dies die Zustimmung aller Bürger, unrealistisch. Fokussiert auf die Verwaltung wäre es möglich
FDP		Die Stadt Werther (Westf.) hat einstimmig ein Integriertes Klimaschutzkonzept verabschiedet. Es erscheint uns nicht sinnvoll, die Ziele nach wenigen Jahren zu verändern.
Grüne		
SPD		Für etliche der Fragen hat die Kommune nur eine begrenzte oder keine Zuständigkeit / Handhabe / Eingriffsmöglichkeiten. Außerdem sehen wir einen beklagenswerten Hang zu Kontrollmaßnahmen. Einsicht schaffen sollte doch das Ziel sein, daher wollen wir Anreize schaffen und überzeugen. Wir werden uns für die Umsetzung und Aktualisierung des Klimaschutzkonzeptes einsetzen.
UWG		, aber Sanktionen und Korrekturen sind nach unserer Auffassung mit den derzeitigen Instrumentarium einer Kommune nur sehr eingeschränkt umsetzbar.
WDGA		

2. Sie befürworten, dass bei jeder Ratsentscheidung eine Bewertung der potentiellen klimatischen Auswirkungen – positiv oder negativ - der Maßnahme durchgeführt wird und eine halbjährliche Berichterstattung stattfindet über die durchgeführten Maßnahmen zum Klimaschutz inklusive der aktuellen CO2 Emissions-Situation.		
CDU		
FDP		Das ist - wie im Bereich der finanziellen Folgen - sicher sinnvoll. Zugleich zeigt aber die Erfahrung aus diesem Bereich, dass oft recht weitreichende Annahmen getroffen werden müssen, sodass die konkrete Aussagekraft im Einzelfall nicht überschätzt werden darf.
Grüne		
SPD		Siehe Allgemeines 1; Berichte einmal jährlich von der Klimaschutzmanagerin
UWG		, wir denken bei ausgewählten Projekten ist eine solche Abschätzung sinnvoll. Berichte über Klimaschutzmaßnahmen erfolgen bereits in loser Folge.
WDGA		

Verwaltung:

1. Sie würden das Personal der Stadtverwaltung aufstocken, um damit die Erreichung der Klimaziele der Stadtverwaltung sicher zu stellen, z.B. in Form eines Klimateams rund um den/die Klimamanager*in.		
CDU		Aus unserer Sicht nicht notwendig, aber die bereits vorhandenen Planstellen sollten da zielgerichteter eingesetzt werden
FDP		Wir sind in jedem Politikbereich der Meinung, dass die Verwaltung ihre nötigen Ressourcen benennen muss, um die politisch beschlossenen Ziele zu erreichen (so schon in einem FDP-Antrag aus 06/2018).
Grüne		
SPD		Das ist für eine so kleine Verwaltung wie in Werther kaum vorstellbar, insbesondere vor dem Hintergrund der veränderten Haushaltslage gerade in Zeiten von Corona. Wir wollen aber innerhalb der bestehenden Ressourcen den Blick für die Klimafragen schärfen.
UWG		, nach dem derzeitigen Stand nicht. Hier ist erst die Formulierung konkreter Ziele nötig, um einen Personalbedarf zu ermitteln.
WDGA		

2. Sie unterstützen, dass alle Druckerzeugnisse der Stadtverwaltung und in deren Einflussbereich umwelt- und klimaneutral gedruckt werden.		
CDU		Unser Ziel ist es das Drucken generell zu vermeiden, durch digitale Unterlagenverarbeitung
FDP		Darüber hinaus setzen wir uns seit Jahren für eine möglichst umfassende Digitalisierung und damit Vermeidung von Druckerzeugnissen ein (siehe FDP-Antrag aus 04/2015).
Grüne		
SPD		Soweit möglich soll das unterstützt werden
UWG		
WDGA		

3. Sie setzen sich dafür ein, dass die Stadtverwaltung und alle öffentlichen Unternehmen in ihrem Einflussbereich aus Investitionen in fossile und nukleare Energie aussteigen werden. Auch das städtische Kapital soll nur von Banken verwaltet werden, welche keine Investitionen in fossile und nukleare Energie tätigen.		
CDU		Deutschland ist bereits aus Kernenergie ausgestiegen, fossil ist zeitlich geplant, daher kein Handlungsbedarf auf diesem Feld auf kommunaler Ebene.
FDP		Zur Frage einer sinnvollen Strategie im Umgang mit Energieträgern verweisen wir auf die Veröffentlichungen unserer Bundespartei. Diese Fragen sind gesetzlich zu regeln, nicht über die Kommunen.
Grüne		
SPD		Das Ziel ist wünschenswert und da, wo wir Einfluss haben, werden wir darauf hinwirken. Allerdings muss man auch ehrlich sagen, dass wir nur einen begrenzten Einfluss haben.
UWG		, dem ersten Teilaspekt können wir folgen und halten ihn für gut umsetzbar. Die Bankverbindung vor Ort ist häufig sinnvoll und notwendig, so dass das von Ihnen geforderte Kriterium erst nachrangig zu behandeln ist.
WDGA		

Energie:

1. Sie befürworten, dass die Stadtverwaltung und alle öffentlichen Gebäude schnellstmöglich mit zertifiziertem Grünstrom versorgt werden.		
CDU		Als Gesellschafter der EWG setzen wir für uns einen Strommix mit einem möglichst hohen Ökoanteil ein.
FDP		Das ist unseres Wissens nach bereits der Fall.
Grüne		
SPD		Wird schon weitgehend umgesetzt.
UWG		
WDGA		

2. Sie setzen sich dafür ein, dass alle Flächen auf öffentlichen Gebäuden, die dafür geeignet sind, mit Photovoltaik oder Solarthermie-Anlagen bestückt werden.		
CDU		Wichtig ist hier, eine sinnvolle Nutzung sicherzustellen
FDP		Das Ziel ist grundsätzlich wünschenswert, ohne Betrachtung der jeweiligen Situation vor Ort ist es jedoch nicht sinnvoll, dies pauschal zu fordern. Der Einsatz der genannten Anlagen ist auch, wie man an zahlreichen Beispielen sehen kann, bereits gängige Politik in Werther.
Grüne		
SPD		Ja, wenn Haushaltslage und Effizienz passen.
UWG		, das Potential kann auch als Vorbild für das Engagement der Bürger*innen genutzt werden.
WDGA		

3. Sie setzen sich dafür ein, dass die Kommune mindestens 2% ihrer Fläche für den Ausbau von erneuerbaren Energien zur Verfügung stellt, so dass bis spätestens 2035 der Altkreis Halle eine 100% Erneuerbare-Energien-Region ist.		
CDU		Werther ist mit 2 Windrädern gut positioniert. Diese stehen auf privaten Grundstücken. Die Kommune selber hat gar keine vernünftigen Flächen.
FDP		Das halten wir ausdrücklich nicht für sinnvoll. Wir brauchen einen großen, europäischen Strommarkt, der sich an geografischen, topografischen, geologischen usw. Bedingungen und entsprechenden Effizienzkriterien bemisst. Eine autarke Versorgung ist aus unserer Sicht nicht wünschenswert, da Ressourcen in der Gesamtsicht so nicht optimal genutzt werden.
Grüne		Forderung steht in Konkurrenz zur Verringerung des Flächenberbrauchs, deshalb müsste im Einzelfall entschieden werden. Bei der Stromversorgung erreiche wir durch das 2. Windrad die Ziele schon eher.
SPD		Die Frage ist unverständlich! Sollen auf den Flächen Solarparks errichtet werden, oder was ist sonst gemeint?
UWG		, nicht alle kommunalen Flächen sind für solche Vorhaben geeignet und nutzbar, so dass ggf. die Bürger*innen mit eigenen Flächen mit ins Boot geholt werden müssen.
WDGA		

4. Sie fördern die private Installation von neuen Photovoltaikanlagen mit einem Zuschuss von 60 Euro pro KWp Leistung.		
CDU		Es existiert ein Förderprogramm seit 2017 der Stadt Werther.
FDP		Bisher gibt es eine Förderung von pauschal 500 Euro. Einer nach Leistung gestaffelten Modifizierung stehen wir offen gegenüber. Grenzen ökonomisch sinnvoller Förderung sind gleichwohl zu beachten.
Grüne		Wir hatten schon ein Programm, das sogar höher lag, aber nur zum Teil abgerufen wurde. Das Problem sind die Rahmenbedingungen des Bundes.
SPD		Grundsätzlich stimmen wir dem zu. Es gibt schon eine kommunale Förderung in Werther. Die genaue Höhe wird vom Stadtrat festgelegt, deshalb können wir diese Frage nicht uneingeschränkt mit ja beantworten.
UWG		, hängt vom Haushalt der Kommune ab. Freiwillige Ausgaben sind in Werther nur begrenzt stemmbar.
WDGA		

Mobilität:

1. Sind Sie bereit, den Verkehrsraum, der zurzeit für PKW genutzt wird, zugunsten von Fahrrad-Infrastruktur und ÖPNV einzuschränken?		
CDU		
FDP		Dort, wo es entsprechende echte Bedarfe gibt, ja. Nicht allerdings nicht als Selbstzweck oder als Teil eines Kulturkampfes gegen den PKW.
Grüne		
SPD		In unserem Kommunalwahlprogramm gibt es klare Aussagen zu diesem Thema. In der Vergangenheit hat nur die SPD Anträge in dieser Richtung gestellt und auch durchgesetzt!
UWG		, unsere Überlegungen zur Erhöhung der Aufenthaltsqualität in Werthers Innenstadt ziehen dies in Betracht.
WDGA		

2. Sie sind für die Einführung von kostengünstigen Tarifmodellen im ÖPNV (z.B. 365 Euro Jahresticket) und würden sich für die finanzielle Unterstützung des ÖPNV durch die Stadtverwaltung aussprechen?		
CDU		ÖPNV Tarifmodelle ja, finanzielle Unterstützung müsste dann überflüssig werden.
FDP		1. Ja, 2. Nein. Das Thema "Kosten des ÖPNV" ist ein in Werther sehr wichtiges und aktuelles. Wir setzen uns seit Jahren für eine angemessener Reduzierung der Fahrpreise, insbesondere nach Bielefeld, ein. Derartige Sondertickets sind jedoch Aufgabe des Landes und dürften nicht allein aus Wertheraner Steuermitteln finanziert werden.
Grüne		
SPD		In unserem Kommunalwahlprogramm gibt es klare Aussagen zu diesem Thema. In der Vergangenheit hat nur die SPD Anträge in dieser Richtung gestellt.
UWG		, die Einführung eines solchen Tickets ist zu unterstützen, um Berufspendler*innen den Umstieg in den ÖPNV zu erleichtern. Die finanzielle Unterstützung scheitert auch hier wahrscheinlich an den begrenzten Möglichkeiten Werthers für freiwillige Ausgaben.
WDGA		

3. Sie befürworten, dass der Ausbau von Infrastruktur für E-Mobilität vorangebracht wird. Jeder Arbeitgeber soll für seine Mitarbeiter geeignete Lademöglichkeiten für E-Mobile einrichten.		
CDU		Ausserhalb der kommunalen Entscheidungsgewalt, aber es existieren attraktive Förderprogramme
FDP		1. Teil: ja. 2. Teil: Dies verstehen wir nicht als eine verpflichtende Vorgabe seitens der Stadt, die auch rechtlich kaum möglich sein würde. Wir sind sicher, dass Arbeitgeber und Arbeitnehmer hier zu bedarfsorientierten Lösungen kommen werden.
Grüne		
SPD		Auch hier gilt wie schon oben, wir befürworten den Ausbau der Ladeinfrastruktur. Der Einfluss von Kommunalpolitik auf Arbeitgeber ist aber begrenzt. Zudem ist die Elektromobilität auch nicht per se unschädlich für die Umwelt und möglicherweise auch nur eine Brückentechnologie. Wir möchten uns Wege zu einem nachhaltigen Verkehr offen halten, Stichwort grüner Wasserstoff oder andere.
UWG		, aber für die Aufforderung an die Arbeitgeber*innen fehlt derzeit die gestzliche Grundlage.
WDGA		

Natur:

1. Sie setzen sich für die Einführung bzw. Erhöhung einer Abgabe für Flächenversiegelung ein und werden das Außmaß an Flächenversiegelung auf das derzeitige Niveau einfrieren bzw. weiteren Flächenverbrauch nur noch zulassen, wenn Ausgleichsflächen dafür entsiegelt oder begrünt werden.		
CDU		Das wäre das Ende von Neubaugebieten, die Werther dringend benötigt.
FDP		Es gibt in diesem Themenkomplex bereits gesetzliche Regelungen. Diese halten wir für ausreichend.
Grüne		
SPD		In Werther ist der Flächenverbrauch im Vergleich mit Nachbarkommunen bereits jetzt denkbar gering! Zusätzliche Flächen zur Entsiegelung oder Begrünung sind schwer erschließbar.
UWG		, hier sollten im Einzelfall konkrete Ziele gefasst werden und vorab eine pauschale Absichtserklärung abgegeben werden. Die Idee ist u.E. nicht allein auf kommunaler Ebene umzusetzen.
WDGA		

2. Bei allen Neubauten wird die Versickerung von Regenwasser priorisiert und vorgeschrieben, wo ausreichend Flächen verfügbar sind.		
CDU		
FDP		Es gibt bereits heute in Werther recht hohe Umweltauflagen für Neubauten, die auch laufend überarbeitet werden.
Grüne		
SPD		Soweit möglich wird das heute schon bedacht, hilft aber nicht bei Starkregen. Dafür wird bei Neubauten z.B. am Blotenberg eine Regenrückhaltung und Nutzung vor in den Kaufverträgen vorgeschrieben.
UWG		
WDGA		

3. Sie werden die Umgestaltung von Grünflächen und Parkanlagen sowie Waldflächen in möglichst naturnahe und ökologisch gestaltete Flächen voranbringen und für deren Instandhaltung sorgen.		
CDU		ja, aber mit Augenmaß, für alle Flächen wird dies nicht sinnvoll möglich sein.
FDP		In Werther gibt es bereits regelmäßige Initiativen der Verwaltung in diese Richtung, dem wir in aller Regel auch zustimmen.
Grüne		
SPD		Soweit möglich wird das heute schon gemacht, gerade in diesem Bereich haben wir im letzten Haushalt der Stadt die Zielvereinbarung geschärft. Ein Park hat andere Funktion als nur Ökologie
UWG		, wir haben in der Vergangenheit solche Maßnahmen immer wieder positiv begleitet. Hier kommt es auf das einzelne Vorhaben an.
WDGA		

4. Sie befürworten die Erstellung eines Klimaanpassungskonzepts in Abstimmung mit anderen Kommunen im Altkreis Halle.		
CDU		
FDP		Sofern ein Konzept zur Anpassung an absehbare Klimawandelfolgen gemeint ist: unbedingt!
Grüne		
SPD		Das Klimaschutzkonzept wird ständig weiterentwickelt, Abstimmung mit anderen Kommunen ist da schwierig, weil es sehr unterschiedliche Voraussetzungen gibt. (z.B. Storck in Halle).
UWG		, es wäre wünschenswert, wenn alle Kommunen an einem Strang ziehen würden. Die Möglichkeiten zur Kooperation scheiterten in der Vergangenheit leider häufig an den Stadtgrenzen.
WDGA		

Abfallvermeidung & Ressourceneinsparung:

1. Sie setzen sich ein für ein Mehrweggebot sowie ein Verbot von Luftballonstarts bei Festveranstaltungen.		
CDU		Mehrweggebot geht nur auf Bundes -oder Länderebene
FDP		Es ist nicht klar, was hier "Mehrweggebot" bedeuten soll. Ein Verbot von Luftballonstarts ist eine rein symbolische Maßnahme, d.h. eine Freiheitseinschränkung ohne wirklichen Effekt. Dies lehnen wir ab.
Grüne		Klar, wir versuchen sogar einen kunststofffreien Wahlkampf zu machen.
SPD		Wo es sinnvoll ist, wird das unterstützt. Siehe Bemerkung zu Allgemeines 1.
UWG		, für kommunale Veranstaltungen umsetzbar.
WDGA		

2. Sie befürworten das Verbot privater Feuerwerke.		
CDU		ggf. Ausnahme Sylvester
FDP		Dies wäre eine rein symbolische Maßnahme, d.h. eine Freiheitseinschränkung ohne wirklichen Effekt. Das lehnen wir ab.
Grüne		
SPD		
UWG		
WDGA		

3. Sie fördern die Einrichtung von Läden für unverpackte Lebensmittel und Bedarfsgegenstände.		
CDU		Liegt ausserhalb des kommunalen Einflußbereiches, Präzisierung der Unterstützung notwendig, prinzipiell positiv bewertet
FDP		Wir begrüßen eine solche Ansiedlung und sind auch grundsätzlich zur Förderung bereit.
Grüne		
SPD		Förderung ist keine kommunale Aufgabe, im Wesentlichen das müssen die Verbraucher das voranbringen. Insgesamt gilt es den Einzelhandel vor Ort zu stärken.
UWG		, aber persönlich würden wir solche Läden sehr begrüßen und unterstützen, dem Rat und der Stadtverwaltung ist es natürlich nicht möglich, in den Markt einzugreifen und einzelne Gewerbetreibende direkt zu unterstützen.
WDGA		

4. Sie setzen sich ein für ein verpflichtendes Konzept zur Abfallreduzierung in allen öffentlichen städtischen Institutionen.		
CDU		
FDP		Das Ziel ist zweifellos sinnvoll, über den konkreten Weg müsste man näher reden. Gegenüber weiteren kostenintensiven, extern vergebenen Konzepten, die auch mit einfachen "Bordmitteln" erreicht werden können, sind wir skeptisch.
Grüne		
SPD		Wird soweit möglich bereits praktiziert, was nicht heißt, dass es nicht noch besser werden kann.
UWG		, guter Vorschlag. Bei der Stadt Werther sind eine Umweltbeauftragte sowie eine Klimaschutzbeauftragte beschäftigt. Wir werden dafür Sorge tragen, dass sie dieses Vorhaben für alle städtischen Einrichtungen verfolgen.
WDGA		

5. Sie befürworten die Begrenzung des Wasserverbrauchs im gewerblichen sowie privaten Bereich durch strenge Auflagen und unterstützen damit Konzepte zur Wasseraufbereitung und Kreislaufführung.		
CDU		Gerade im gewerblichen Bereich führen ökonomische Rahmenbedingungen zu Reduzierung von Wasser
FDP		Ist nicht zu beantworten, ohne konkrete Details zu kennen. Allein das Wort "Begrenzung" klingt nach einem unangemessenen Eingriff in elementare Rechte von Bürgern und Unternehmen.
Grüne		
SPD		Einsicht ist besser als Auflagen, man muss auch das Abwasserwerk im Auge haben (Stichwort Konzentration des Abwassers und damit erschwerte Behandlung).
UWG		, da es bisher keine gesetzliche Regelung gibt, jemandem kein Wasser bzw. nur eine begrenzte Menge Wasser zukommen zu lassen.
WDGA		

Wirtschaft:

1. Sie setzen sich ein für einen Wettbewerb der ansässigen Betriebe für das ambitionierteste Klimaschutzprojekt.		
CDU		Bereits im Wahlprogramm
FDP		Ist eine sinnvolle Idee.
Grüne		
SPD		Anreize in dieser Art zu schaffen sind begrüßenswert, die Möglichkeit der Kommune sind aber sehr begrenzt.
UWG		Es gibt einen Wettbewerb, an dem sich auch Betriebe beteiligen könnten. Bisher fehlen dabei allerdings Vorschläge aus dem gewerblichen Bereich.
WDGA		

2. Sie befürworten die Einforderung verbindlicher Klimaschutzziele von allen Gewerbetreibenden bis spätestens 2025, die die Erreichung der Klimaneutralität des Unternehmens bis 2035 darlegen sollen.		
CDU		Dies geht nicht, ohne andere Themen wie Wirtschaftlichkeit und Firmenstruktur zu berücksichtigen. Ebenso fehlt dafür die gesetzliche Grundlage.
FDP		Zum Thema "Klimaneutralität" siehe oben.
Grüne		
SPD		Kann von der Kommune angeregt aber nicht bestimmt werden, das muss von anderen Ebenen kommen. Die Möglichkeiten und Aufgaben von Kommunen müssen realistisch betrachtet werden. Dafür müssten Land und Bund uns mehr Befugnisse geben.
UWG		, aber die Einforderbarkeit auf kommunaler Ebene sehen wir kritisch. Hier sind andere politische Ebenen gefordert.
WDGA		

3. Sie fordern von jedem Unternehmen im Stadtgebiet, dass dieses seinen Energiebedarf zu mindestens 20 Prozent aus erneuerbaren Energiequellen deckt.		
CDU		Dies ist von vielen Parametern abhängig und kann nicht pauschal gefordert werden. Anreizprogramme
FDP		Keine sinnvolle Vorgehensweise. Die Frage der Energieträger ist eine bundespolitische. Hier verweisen wir auf das Konzept unserer Bundespartei.
Grüne		
SPD		Kann von der Kommune angeregt aber nicht bestimmt werden, das muss von anderen Ebenen kommen. Die Möglichkeiten und Aufgaben von Kommunen müssen realistisch betrachtet werden. Dafür müssten Land und Bund uns mehr Befugnisse geben.
UWG		, hier gilt es, dass Unternehmen zur freiwilligen Umstellung ermutigt werden können. Für anderes fehlt uns die Handhabe.
WDGA		

4. Sie befürworten die Installation eines Bürger-Energieprojekts zur lokalen Erzeugung von Strom oder Wärme.		
CDU		
FDP		Sehr allgemein formuliert. Hier käme es auf die genauen Bedingungen an.
Grüne		
SPD		Wenn die Möglichkeit besteht wird das unterstützt, erste Pläne dazu sind in der Diskussion.
UWG		, Eigeninitiativen der Bürger*innen im Sinne des Klimaschutzes sind zu begrüßen.
WDGA		

Landwirtschaft:

1. Sie unterstützen die Erhöhung der ökologischen Landwirtschaft auf 30% bis 2030. Dafür schaffen Sie eine Personalstelle und fördern aktiv ein besseres Vernetzen der regionalen Bio-Branche.		
CDU		Eingriff in die Souveränität der Betriebe, das kann nicht vorgegeben werden.
FDP		Wir unterstützen den Ausbau ökologischer Landwirtschaft. Allerdings erscheint es völlig unklar, inwiefern eine Personalstelle in der Stadtverwaltung von Werther zweckmäßig wäre.
Grüne		Die Schaffung einer Personalstelle müsste aber eher interkommunal, oder auf Kreisebene angesiedelt sein.
SPD		Wir haben bereits Bio-Bauern und begrüßen dies sehr. Eine eigene Stelle wird schwer möglich sein. Zudem: Kann von der Kommune angeregt aber nicht bestimmt werden, das muss von anderen Ebenen kommen.
UWG		, wir unterstützen die Erhöhung der ökologischen Landwirtschaft. Eine Personalstelle befürworten wir derzeit nicht.
WDGA		

2. Sie werden keine neuen Genehmigungen für Massentierhaltung im Einflussbereich der Kommune erteilen.		
CDU		Diese Genehmigungen werden auf Kreisebene erteilt.
FDP		Die Frage der Tierhaltung hat nach Recht und Gesetz zu funktionieren. Die FDP setzt sich für eine gesetzliche Verbesserung des Tierwohls ein. Dafür ist allerdings nicht bzw. nicht vorrangig die reine Größe eines Betriebs entscheidend, wie der Begriff "Massentierhaltung" suggeriert.
Grüne		Unsere Zustimmung unterliegt einer Einschränkung: Wir sind gegen Massentierhaltung, rechtlich ist dies aber schwierig, da dies die Kommune nicht alleine entscheidet.
SPD		Diese Genehmigung obliegt dem Kreis und nicht der Kommune. Selbst wenn die Kommunalpolitik ein negatives Votum abgibt wird dieses in der Regel vom Kreis überstimmt. Leider!
UWG		, aber es fällt nicht in den Aufgabenbereich der Stadt Werther Genehmigungen für Massentierhaltung auszusprechen oder abzulehnen.
WDGA		

3. Sie setzen sich ein für eine 100%ige Verpflegung mit regionalen und saisonalen Bio-Lebensmitteln in öffentlichen Einrichtungen, der Gastronomie, bei Veranstaltungen und auf regionalen Märkten.		
CDU		Eingriff in die Souveränität der Unternehmen, keine gesetzliche Basis vorhanden. Maximal möglich die Schulmensa, Konflikt Preis / Essen vorprogrammiert
FDP		Wir selbst geben uns Mühe, hier mit gutem Beispiel voran zu gehen und werben auch dafür. Es handelt sich aber um keine Aufgabe der Politik (egal auf welcher Ebene), den Menschen derartige Vorschriften zu machen.
Grüne		Ja stimmen zu, sehen allerdings eine schnelle Umsetzung kritisch, da damit Eingriffe in Private Rechte verbunden wären.
SPD		Dort, wo wir Einfluss haben möchten wir regionale und Bio-Lebensmittel stärken. Der Einfluss ist aber begrenzt.
UWG		, 100%ige Umsetzung halten wir für utopisch. Wir sehen uns alle als Gesellschaft in der Pflicht, diese Forderung durch unsere Marktmacht einzufordern.
WDGA		

4. Sie befürworten die Einführung einer CO2-Prämie für den Waldbau und vorbildliche, humusbildende Bodenbearbeitung.		
CDU		Prinzipiell ok, aber Finanzierung völlig offen, auf welcher Ebene
FDP		Dies ist eine sinnvolle Komponente einer guten Landwirtschaftspolitik. Diese Frage betrifft allerdings nicht die kommunale Ebene, da sie sinnvollerweise nicht allein für Werther gilt.
Grüne		
SPD		Keine Möglichkeit für die Kommune das umzusetzen, die Begutachtung solcher Projekte würde die Verwaltung und den Finanzrahmen sprengen
UWG		, aber nicht auf Kosten der Kommunen. Hier sind der Bund und die Länder gefordert.
WDGA		

Baugewerbe:

1. Sie befürworten, dass jeder Neubau im kommunalen Einzugsgebiet verpflichtend einen Teil seiner Energie aus erneuerbaren Quellen beziehen muss und machen das zur Auflage.		
CDU		Dies ist bereits in der EnEV geregelt, und aktuelle Projekte KfW40+ führen das weiter.
FDP		Es gibt bereits heute in Werther recht hohe Umweltauflagen für Neubauten, die auch laufend überarbeitet werden. Zum Thema der Energiegewinnung verweisen wir auf die oberen Punkte dazu.
Grüne		
SPD		Das wird in der Energieeinsparverordnung geregelt. Für darüber hinausgehende Maßnahmen sind Anreize geschaffen worden, die natürlich ständig aktualisiert werden müssen.
UWG		, bisher haben wir die Verpflichtung nicht in Bebauungsplänen festgeschrieben. Zukünftig wird das ein notwendiger Schritt sein.
WDGA		auf Neubauten sollte generell verzichtet werden - allenfalls als Ersatz für abgängigen Altbestand

2. Sie setzen sich ein für die verstärkte Kontrollen bestehender sowie neuer Gebäude auf Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben zur Energieeinsparung und Nutzung Erneuerbarer Energien (z.B. EnEV, EEWärmeG) sowie der baurechtlichen Auflagen zu Ausgleichsmaßnahmen. Dazu werden Sie genügend Ressourcen auf personeller Seite zur Verfügung stellen z.B. auch eine Planstelle zur Förderung des nachhaltigen Bauens.		
CDU		Aktuelle Baumaßnahmen erfüllen in der Regel Standards wie KfW55/40, und dort ist eine energetische Planung und Begleitung schon verpflichtend
FDP		Gesetze sind einzuhalten und dies ist angemessen zu kontrollieren. Die Verwaltung ist angehalten, die nötigen (personellen) Ressourcen zu benennen, um die definierten Ziele zu erreichen.
Grüne		
SPD		Wird heute schon gemacht. Beratung und Kontrolle sind verpflichtender Bestandteil für Bauwillige z.B. am Blotenberg!
UWG		, Kontrollen ja, Planstelle nein
WDGA		die Kommune hat bereits eine Klimaschutzmanagerin und Umweltbeauftragte, die professionell beraten können

3. Sie fördern die Gestaltung von Dach- und Fassadenbegrünung im Stadtgebiet und verbieten die Errichtung von "Schottergärten".		
CDU		Schottergärten verbieten ok.
FDP		Erster Teil: ja. Zweiter Teil: Wir haben uns für ein Kommunales Förderprogramm zur Umgestaltung von Steingärten eingesetzt. Ein massives Problem mit dieser - auch von uns abgelehnten - Gartengestaltung besteht gleichwohl im Stadtgebiet von Werther derzeit nicht.
Grüne		
SPD		Bei allen neuen Bebauungsplänen werden Schottergärten untersagt. Für bestehende gibt es Anreize zur Umgestaltung. Ein Programm für Dach- und Fassadenbegrünung soll aufgelegt werden.
UWG		, wir wollen die Anlage strukturreicher Gärten fördern und versuchen die Einwohner durch Aufklärung und Informationen von "Schottergärten" wegzubringen. Ein Gesetz gegen "Schottergärten" gibt es leider noch nicht und kann auch nicht durch die Stadt erlassen werden.
WDGA		

4. Sie befürworten die verbindliche Berücksichtigung von Maßnahmen zur Klimafolgen-Anpassung in städtischen Bebauungsplänen (z.B. Einrichtung und Erhaltung von Grünschnitten) und achten konsequent auf deren Einhaltung.		
CDU	✓	auf Basis der gesetzlichen Vorgaben/ Grundlagen
FDP	?	Wie bereits oben ausgeführt, unterstützen wir Maßnahmen zur Klimafolgenanpassung. Was dabei im Detail nötig ist, ist vor der Erstellung eines (interkommunalen) Konzeptes kaum absehbar. Im Übrigen existieren auch hier bereits gesetzliche Grundlagen.
Grüne	✓	
SPD	✓	Wird schon beachtet, siehe den Entwurf zum Baugebiet Blotenberg.
UWG	?	
WDGA	✗	die Zeiten des big is beautiful bei städtischen B.-Plänen ist angesichts der Klimafolgen von Neubaugebieten passe'

Altkreis Halle im August/ September 2020

Fridays for Future Altkreis Halle

(Borgholzhausen, Halle (Westf.), Steinhagen, Versmold und Werther (Westf.))

E-Mail: altkreishalle@fridaysforfuture.de

Webseite: www.fridaysforfuture.de/altkreishalle

Anmeldung Newsletter: fffutu.re/akh-news

Forderungen: fffutu.re/akh-forderungen

Instagram: [@fffaltkreishalle](https://www.instagram.com/fffaltkreishalle)

Wahlprüfsteine im Web



#AltkreisHalleWähltKlima

© Fridays for Future Altkreis Halle

Bitte denken Sie an die Umwelt, bevor Sie dieses Dokument drucken!